

Frage Klimaaktion	CDU	Eckart Lube, Bündnis 90/Die Grünen	Giorgina Kazungu-Haß, SPD	Kathinka Rösiger, FDP
	<p>Vorbemerkung: Klimawandel, Sicherung unseres Wohlstandes, Erhalt der Biodiversität, die Lösung der Zielkonflikte zwischen Umweltschutz, Landwirtschaft und Industrie. Das sind die großen umweltpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verändern das Leben aller Menschen. Den daraus resultierenden gesellschaftlichen Aufgaben können wir nur mit nachhaltigen, vorrausschauenden Konzepten entgegenwirken. Gerade in Überschneidungsbereichen zum Beispiel zwischen der effizienten Produktion von Nahrungsmitteln und dem Erhalt der Artenvielfalt, ist es notwendig, mit einem interdisziplinären Blick und guten Ideen, zielgerichtete und gerechte Lösungen anzubieten, von denen wir alle profitieren können.</p> <p>Wir stehen vor den Fragen, wie wir als Gesellschaft in einer nachhaltigen und zukunftssicheren Welt leben wollen. Was wir in zehn Jahren werden getan haben müssen, damit nachfolgende Generationen in fünfzig oder hundert Jahren genauso gut leben werden wie wir? Wie wir unseren ökonomischen, sozialen und ökologischen Wohlstand weiterhin sichern und ausbauen?</p> <p>Denn die Messwerte und Prognosen der Klimaforschung zeichnen ein relativ genaues, regional differenziertes Bild der bereits irreversiblen und noch möglichen negativen Folgen des Klimawandels auf uns und unsere Umwelt ab.</p>			
Welche Maßnahmen können Sie sich vorstellen und würden Sie ggf.	Ressourcenknappheit, Nahrungsmittelknappheit, Pflanzen- und Artensterben, alle diese Probleme werden unmittelbar durch den Klimawandel verstärkt und stellen die Menschheit vor enorme Herausforderungen. Je nach Region werden die Klimawandelfolgen unterschiedlich prägnant ausfallen. Es	Die GRÜNEN haben sich in Ihrem Wahlprogramm für Rheinland-Pfalz dazu bekannt, bis 2035 die Klimaneutralität umzusetzen. Hierbei setzen	Eine sehr umfangreiche Frage. Vorstellen kann ich mir grundsätzlich sehr viele Maßnahmen. Wichtig ist, für alle SozialdemokratInnen, eine	Mittels neuer Technologien müssen wir sowohl bei der Industrie als auch im Lastverkehr und im

Bitte beachten Sie: Von Giovanni Raneri (Freie Wähler) haben wir eine allgemein gehaltene Antwort bekommen, die am Ende dieser Tabelle erscheint.

<p>unterstützen, die ein Erreichen des 2,7-t-Zieles möglich machen könnten?</p>	<p>braucht interdisziplinäre Ansätze und unmittelbares Handeln, um diese Herausforderungen zu lösen. Das Schlüsselkonzept ist hier die Dinge zusammenzudenken, alle Beteiligten einzubinden und eine breite Zustimmung für mehr Klimaschutz zu erzeugen, die auf Zuversicht und Verantwortungsbewusstsein basiert. Ehrlichkeit, Transparenz und Wirtschaftlichkeit schaffen Akzeptanz bei den Menschen und führen dazu, dass Klimaschutz nicht nur als Pflichtaufgabe, sondern als Chance verstanden wird. Absolut kontraproduktiv sind in diesem Zusammenhang einseitige Verbote, planloser Aktionismus, Schuldzuweisungen sowie Intransparenz.</p> <p>Wir unterstützen die Ziele der Bundesregierung und des Pariser Klimaabkommens. Zum Schutze unserer Umwelt und des Klimas müssen wir langfristig klimaneutral leben. Maßnahmen um dies zu erreichen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unsere Energiegewinnung zu 100 % auf erneuerbare Quellen umzustellen, - Mobilität, bzw. das Transportwesen mittelfristig, im Hinblick auf Treibhausgase, weitgehend emissionsarm zu gestalten - die Wirtschaft, Landwirtschaft und die Produktion von Gütern klimaneutral zu ermöglichen - die Menschen unseres Landes für Klima- und Umweltschutz zu sensibilisieren. 	<p>wir auf den konsequenten Umbau auf erneuerbare Energien, auf eine echte Mobilitätswende, sowie auf den Durchbruch der Nachhaltigkeit in Produktion, Handel und Konsum. Im Baurecht muss Sanierung vor Neubau und Verdichtung vor Ausweitung gelten. Nachhaltige Baustoffe und PV Pflicht eingeschlossen.</p>	<p>internationale Perspektive zu behalten: Wir dürfen Menschen in weniger privilegierten Ländern nicht weniger CO2 zugestehen, als wir den BewohnerInnen der Industrieländer erlauben. Daher werden wir vor allem unseren eigenen CO2-Ausstoß nach unten regulieren müssen.</p>	<p>Personenverkehr weg von Energiequellen die CO2 Ausstoß produzieren (ebenso Feinstaub). Die FDP drängt auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft um dies schnellst möglich zu erreichen.</p>
<p>Halten Sie eine Zielerreichung ohne Reduzierung unseres Lebensstandards für möglich?</p>	<p>Interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Landwirtschaft und Umweltschutz ist hier das Schlüsselkonzept, um weiterzukommen. Nur dadurch ist eine nachhaltige Ressourcennutzung und mehr Klimaschutz möglich. Mein Ziel ist es die Umsetzung von Klima- und Umweltschutzkonzepten weiter auszubauen. Dazu gehört aber auch, dass wir die Situation von einem betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten und</p>	<p>Das ist meines Erachtens eine Ansichtssache. Verzicht muss größtenteils zuallererst dort geschehen, wo uns bisher Verschwendung als Wachstum verkauft wurde. Der Verzicht auf Billigfleisch aus der Massentierhaltung und die</p>	<p>Optimistisch auf die Zukunft schauen. Das zeichnet SozialdemokratInnen aus. Dinge müssen sich ändern, technologischer Fortschritt, nachhaltigeres Leben, gezieltere Nutzung der vorhandenen Ressourcen, wenn wir das</p>	<p>Nein. Wir müssen weg von zu viel Bequemlichkeit - das fängt beim persönliche PKW an, geht über Bestellungen im Internet, die weniger</p>

<p>Wenn ja: Wie?</p> <p>Wenn nein - welche Maßnahmen sehen Sie?</p>	<p>realistisch bewerten müssen. Ziel muss es sein Klima- und Umwelt zu schützen und gleichzeitig unseren sozialen und ökonomischen Wohlstand zu erhalten.</p> <p>Bei dieser Diskussion und vielen anderen ist es wichtig, dass wir als CDU eine Position von Maß und Mitte vertreten. Ich bin der Meinung, dass diese Herausforderungen im Großen und Ganzen lösbar sind.</p> <p>Beim Klima- und Umweltschutz kommt es zu enormen Zielkonflikten zwischen Klimaanpassungsmaßnahmen, Naturschutz, Landwirtschaft, Industrie und der Landnutzung von Wohnbau. Die Lösung dieser Konflikte ist Aufgabe der Politik. Wir, als Volkspartei, hören alle Standpunkte und sehen den Klima- und Umweltschutz, die Wirtschaft und die Landwirtschaft als gleichberechtigte Akteure. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, die sozial, ökonomisch und ökologisch vertretbar und realistisch sind.</p>	<p>Beschränkung auf 1-2 Mal Fleisch die Woche ist letztlich ein Zugewinn an Lebensqualität, da mit dem CO2-Abdruck auch die Risiken für Übergewicht, Gefäßkrankheiten, etc. sinken. Der Verzicht auf sein Statussymbol Auto geht für den Einen gar nicht, der Andere hat den Umstand, dass Autos im Schnitt über 20 Stunden am Tag irgendwo rumstehen schon immer für unnötigen Überfluss gehalten. Nichts tun wird den Lebensstandard in der Zukunft definitiv drastisch reduzieren.</p> <p>Daher muss weiter aufgeklärt werden, um alle mit zu nehmen. Wenn die Erzählung gelingt, dass wir damit den Lebensstandard dauerhaft erhalten, werden die Menschen auch bereit sein, vermeintlichen Verzicht zum Wohl des Erhalts unserer Lebensgrundlagen zu üben.</p> <p>Die Menschen müssen gegebenenfalls überzeugt werden, dass wir in der</p>	<p>realisieren, werden wir unseren Lebensstandard nicht reduzieren müssen. Eine zu befürchtende Reduktion des Lebensstandards würde sicherlich auch die Bereitschaft der Menschen mindern sich an den notwendigen Schritten zu beteiligen, das wäre keine gute Voraussetzung für den Erfolg des gesamten Prozesses.</p>	<p>werden müssen, Einkauf von lokal produzierten Artikeln/Lebensmitteln sollten gefördert werden, Tierhaltung muss sich ändern...das kostet dann mehr für den Verbraucher, Reisen muss auch nicht so weit und so häufig passieren...im geschäftlichen Bereich kann man eigentlich alles per Videokonferenz lösen.</p>
---	---	---	---	---

		<p>Gemeinwirtschaft von morgen ein solidarisches Miteinander organisieren wollen, wo „individuelle Genügsamkeit mit öffentlichen Luxus belohnt“ wird. Mit einem multimodalen Nahverkehr (Schiene, Bus, E-Bike, MoD, Dorfshuttle) aus 1 Hand für 1 EUR/Tag bei einer wünschenswerten Taktung kann man gerne auf motorisierten Individualverkehr verzichten.</p>		
<p>Kurzstreckenflüge gehören aus Klimaschutzgründen verboten! Würden Sie einer Schließung aller regionalen Flughäfen in Rheinland-Pfalz und ihrer vollständigen Entsiegelung zustimmen?</p>	<p>Fläche ist eine enorm wichtige Ressource, die vielfältige Nutzungsoptionen bietet aber nur begrenzt zur Verfügung steht. Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist es daher von enormer Bedeutung, ein ausgewogenes Maß der Nutzungen zu gestalten und zu praktizieren. Sinnvoll zwischen Klima- und Umweltschutz, sowie wirtschaftlichen Bedarfen abzuwägen, uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen, die Wirtschaftskraft und Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten, ohne dabei die Biodiversität zu beschneiden. Kurzstreckenflüge tragen bekanntermaßen erheblich zu den Treibhausgasemissionen bei und sind oft vermeidbar, bzw. können auch durch andere Verkehrsmittel ersetzt werden. Ziel muss es sein, als wirksame Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahme, diese weitestgehend zu vermeiden und auf andere Verkehrsmittel umzulegen, wo es möglich ist, sollte dies auch geschehen. Treibhausgasemissionen zu minimieren und Flächen zu entsiegeln oder eine Neuversiegelung zu verhindern ist</p>	<p>Ja! Im Inland auf die Schiene! Da die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft teuer genug sein wird, ist die Förderung und Subventionierung solcher fossiler Geschäftsmodelle als erstes einzustellen. Für die Beschäftigten muss das sozial abgefedert werden.</p>	<p>Ich habe als junge Frau voller Begeisterung auf die Öffnung des regionalen Flughafen Frankfurt-Hahn hin gefiebert. Die Öffnung bedeutete für viele, gerade junge Menschen, eine tolle Möglichkeit bezahlbar die Welt zu entdecken. Aber meine Sicht auf diese Frage hat sich durchaus verändert, ich finde (Kurzstrecken-) Flüge sollten weniger werden.</p> <p>Angebot und Nachfrage regulieren den Markt, meines Erachtens müsste die Luftfahrt stärker an den durch sie verursachten Kosten beteiligt werden. Auf der anderen Seite sollte dafür der Bahnverkehr</p>	<p>Nein, aber Billigfliegerei muss aufhören.</p>

	<p>relevant für den Umwelt- und Klimaschutz und mir sehr wichtig. Ihre Forderung, der Schließung und Entsiegelung aller regionalen Flughäfen in Rheinland-Pfalz ist jedoch ein tiefgehender Eingriff in die Rechte der Menschen und der Ökonomie. Mobilität und Umwelt- / Klimaschutz müssen mehr zusammengedacht werden. Hier müssen wir einen angemessenen Ausgleich der widerstrebenden Interessen finden um die richtigen Weichen zu stellen.</p>		<p>stärker ausgebaut werden. Wer jemals vom Mannheimer Bahnhof aus aufgebrochen ist, weiß wie toll wir angebunden sind. Berlin, München, Kopenhagen, Hamburg, Paris, Wien, Amsterdam, alles gut und bezahlbar mit dem Schnellzug zu erreichen, aber besser werden darf das natürlich trotzdem.</p> <p>Der Schließung aller regionalen Flughäfen würde ich heute nicht zustimmen, mir geht es um eine sinnvolle Steuerung: Kurz nachdem der Regionalflughafen Zweibrücken ausgebaut wurde, wurde der Regionalflughafen Saarbrücken ausgebaut. Das ist nicht zielführend und komplett unnötig.</p>	
<p>Der kapitalistische Wachstumszwang liegt der weltweiten Zerstörung der Lebengrundlagen des Menschen zugrunde. Können Sie sich vorstellen, dass die Wirtschaft anderen</p>	<p>Langfristig ist die Postwachstumsökonomie durchaus ein wünschenswertes Ziel, solange wir unsere Gesundheit und Lebensqualität dabei weiterhin sichern können und gleichzeitig Umwelt- und Klima schützen und erhalten. Auf Postwachstumsökonomie umzustellen ist ein langwieriges und komplexes Unterfangen, das nicht von heute auf morgen bewältigt werden kann. Durch die Globalisierung und die weltweite Verknüpfung der Märkte ist es problematisch, hier nur einzelne Regionen zu betrachten. Hier müssen nationale und internationale Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Eine Umsetzung in kurzer Zeit ist somit nicht möglich. Jedoch unterstützen und fördern wir Maßnahmen, die helfen unsere Wirtschaft und uns als Verbraucher auf einen Weg zu weniger</p>	<p>Ich bin selbst ein Verfechter der Steady State Economy. Die Natur zeigt uns ja, dass Nachhaltigkeit innerhalb gegebener Grenzen immer in Kreisläufen funktioniert. Der Aufbau einer regionalen Kreislaufwirtschaft ist daher ein Schwerpunkt, den ich in meiner politischen Arbeit setzen möchte.</p> <p>Zinsen und Renditen müssen</p>	<p>Ihre Fragen spielen SozialdemokratInnen in die Hände. Die Zügelung des Kapitalismus ist und bleibt der Markenkern der Sozialdemokratie. Ja, ich kann mir vorstellen, dass die Marktwirtschaft auch anders funktioniert als heute. Allerdings wird Wachstum wichtig bleiben. Mehr Wachstum, mehr Wohlstand, ich glaube diese alte Logik hat Bestand.</p>	<p>Ich stimme zu, dass der Wachstumszwang zu vielen Problemen führt, ich denke aber, dass ein gewisses Wachstum aber notwendig ist, solange die Menschen auch immer mehr werden...das lasse ich mal so stehen.</p>

<p>Prämissen folgt, z.B. einer Postwachstumsökonomie, bei der alle gesamtwirtschaftlichen Faktoren in einem langfristigen Gleichgewicht sind und sich nur noch selbst reproduzieren? Wie sähe das in unserer Region aus, und welche Maßnahmen streben Sie an, die eine solche Entwicklung fördern?</p>	<p>Ressourcenverschwendung und einem nachhaltigeren Konsum zu bewegen. Für unsere Region würde das bedeuten den Konsum regional produzierter Güter zu forcieren, sowie Stoffströme mithilfe eines intelligenten Abfallmanagements durch Wiederverwendung, Recycling und stoffliche Verwertung wieder in den Materialkreislauf einzubringen, um den Ressourceneinsatz, die Abfallproduktion, Emissionen und die Energieverschwendung so weit wie möglich zu minimieren.</p>	<p>dabei realwirtschaftliche Gegebenheiten abbilden. Somit blieben sie auf 2-3% beschränkt. Renditen, die dieses Niveau überschreiten, können nur über Ausbeutung von Mensch oder Natur erzielt werden.</p> <p>Das BIP muss durch aussagekräftigere Wohlstandsindices abgelöst werden. Die bloße Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen ist ein Maß für unseren Überfluss, nicht für unseren Wohlstand.</p>	<p>Welche Auswirkungen dies auf unsere Region haben könnte, ist mir zu kurz gedacht. Es geht doch nicht nur um die Region, globale Welt, globale Lösungen. Daher mehr internationale Zusammenarbeit, zwischen Regionen, zwischen Staaten, innerhalb der EU und mit der ganzen Welt. Dazu nur ein paar Schlagworte: dezentrale Energieversorgung, überregionale Kooperationen bei Strom und Gas, optimierte Zuliefer- und Versorgungsketten, Reduktion der Emissionen in der Logistik, Digitalisierung usw.</p>	
<p>Ist Ihnen bekannt, dass die massive Überproduktion - insbesondere von Milch und Fleisch - der Erpressbarkeit von Landwirten durch Aldi, Lidl, Rewe und Co. zugrunde liegt</p>	<p>Es ist erstrebenswert zugunsten der Umwelt und der Landwirte, die durch gedrückte Preise oft mit dem Rücken zur Wand stehen, die Überproduktion zu minimieren. Eine faire Entlohnung der agrarwirtschaftlichen Produktion würde zum Wohle des Umweltschutzes und zum Wohle unserer Landwirte beitragen. Hierfür brauchen wir angemessene Preise für Lebensmittel, aber auch die Endverbraucher müssen gewillt sein diese zu tragen. Eine regionale und auch saisonale Lebensmittelversorgung ist hier das Schlüsselkonzept. Wir möchten den Menschen nicht durch Verbote vorschreiben was sie zu kaufen haben. Vielmehr setzen wir auf Anreize und die Sensibilisierung der</p>	<p>Ja. Der Übermacht der Supermarktketten muss daher landes- und städteplanerisch entgegengewirkt werden. Die Nahversorgungskonzepte müssen mittelfristig die dezentrale, regionale Lebensmittelversorgung bevorzugen.</p> <p>Den Zugriff auf die Lebensmittelausgaben unserer</p>	<p>Es gibt Überproduktion, es gibt daraus resultierende Probleme. Das ist Fakt, lange bekannt und trotzdem noch nicht geändert. Dabei empfinde ich eine hohe Produktion nicht als Problem, eine Überproduktion, gerade bei verderblichen Lebensmitteln, allerdings schon. Gute und bezahlbare Lebensmittel sind etwas Gutes. (Handels-)Preise, die schlechte Produktion bedingen,</p>	<p>Ja, es wäre wünschenswert, dass Aldi etc. ihre Macht dazu einsetzen, die Landwirtschaft dabei zu unterstützen, ökologischer und tierfreundlicher zu agieren....wenn das alle täten und alle höhere Preise für Lebensmittel</p>

<p>und damit zur Ursache für Billigfleisch- und Billigmilchprodukte in den Lebensmittelmärkten wird?</p>	<p>Endverbraucher durch gezielte Bildungskampagnen.</p>	<p>Bürger wollen wir nur jenen zusichern, die sich an den Nachhaltigkeitszielen ausrichten.</p>	<p>Menschen- und Tierwohl gefährden, sind etwas schlechtes. Da der Markt diesen Missstand nun schon lange nicht selbst beheben kann oder will, sind regulatorische Maßnahmen nötig. Es gibt erste, hilfreiche Schritte, da muss aber noch mehr kommen.</p>	<p>verlangen, könnte man hier vieles in bessere Bahnen lenken.</p>
<p>Könnten Sie sich für eine grundlegende Reform unserer Landwirtschaft zu mehr nationaler Selbstversorgung in Bioqualität erwärmen?</p>	<p>Wir befürworten die regionale Lebensmittelversorgung und die Produktion von Bio-Lebensmitteln. Jedoch darf dies nicht auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen werden.</p>	<p>Unbedingt! Dass heute in der Agrarpolitik und -Förderung in Europa alles über Größe und Masse geht, muss dringend abgestellt werden. Hier wird der Dialog mit den Landwirten immens wichtig. Wie auch die Kooperationen im Bereich Grundwasserschutz zeigt sich doch, dass sich die Interessen des Klimaschutzes mit dem langfristigen Überlebensinteresse der Landwirte decken und eben kein Widerspruch sind.</p>	<p>Eine Reform der Produktionsbedingungen kann von der Seite der Politik nur unterstützt und nicht befohlen werden. Wir leben nicht in der Staatswirtschaft. Die Umstellung auf Bioproduktion sollten wir fördern, die Neubegründung ökologisch wirtschaftender Betriebe ebenfalls. Den in der Frage hergestellten Zusammenhang mit der nationalen Selbstversorgung kann ich nicht ganz nachvollziehen. Eine gesicherte Nahrungsversorgung (Corona hat es erneut bewiesen) ist wichtig, natürlich in guter Qualität. Auch für den Export ist das nicht zu vernachlässigen, jeder Mensch, egal in welchem Land hat Anrecht auf gute Lebensmittel.</p>	<p>Das wäre toll und wünschenswert...aber da die Menschheit weiter wächst, schwer vorstellbar.</p>
<p>Würden Sie eine Landtagsvorlage unterstützen, die</p>	<p>Für neue PV-Anlagen steht eine große Anzahl von Dachflächen bereit, die -bei geeigneter Statik- nachgerüstet werden können. Auch bereits versiegelte Flächen wie zum Beispiel</p>	<p>Ja, s.o.</p>	<p>Nein, diese Vorlage würde ich nicht unterstützen. Die Forderung ist mir</p>	<p>Ich denke, das ist nicht notwendig, besser wäre es, einen Anreiz</p>

<p>landesweit für Neubauten die Pflicht zur Installierung von Photovoltaik-Anlagen vorschreiben will?</p>	<p>Park- und Lagerflächen könnten mit einer PV-Anlage überdacht und damit einen zusätzlichen Nutzen bringen. Dieses Potenzial gilt es zu erschließen, bevor weitere Flächen der konkurrierenden Nutzung (z.B. der Landwirtschaft) entzogen werden. Hier ist die Landesregierung besonders in einer Vorbildfunktion. Denn der Gebäudebestand bleibt der größte Emittent. Eine Sanierung ist sowohl wirtschaftlich als auch umweltpolitisch sinnvoll. Nur mit einem Sanierungsfahrplan für Landesliegenschaften kann das Ziel erreicht werden, „bis zum Jahr 2030 die Behörden, Hochschulen und sonstigen Landeseinrichtungen, soweit sie der unmittelbaren Organisationsgewalt des Landes unterliegen, in der Gesamtbilanz klimaneutral zu organisieren“. Daher sollte der Ausbau der Photovoltaik auf den landeseigenen Gebäuden und Freiflächen eine zentrale Rolle einnehmen. Die Landesregierung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Denn vielfach möchten auch Kommunen eine PV-Anlage installieren. Dies wird jedoch von der ADD als freiwillige Aufgabe oft behindert. Deshalb soll ein Programm zur Unterstützung der Kommunen bei der Errichtung von PV-Anlagen aufgelegt werden. Gerade finanzschwache Kommunen sollen damit animiert werden, z.B. bei der Sanierung von KiTas, Schulen oder Verwaltungsgebäuden zusätzlich eine PV-Anlage zu installieren. Eine landesweite Pflicht für die Errichtung von PV-Anlagen auf Neubauten möchten wir nicht. Vielmehr wollen wir Anreize wie weitere Förderprogramme anbieten um die Installation von PV-Anlagen auf privaten Gebäuden attraktiver zu gestalten.</p>	<p style="background-color: #00FF00;">Für die wachsenden Energiebedarfe der Wirtschaft gibt es bereits</p>	<p>zu pauschal.</p> <p>Nicht an jedem Standort sind Photovoltaik-Anlagen (die ja ebenfalls Ressourcen in der Produktion verbrauchen) sinnvoll. Hier würde ich eher auf Anreize setzen, Zuschüsse, KfW-Kredite, Einspeisungsvergütungen, Steuerreduktionen usw.. Das alles natürlich nicht nur für PV-Anlagen, warum nicht auch die Teilnahme an Energiegenossenschaften, den Bezug von Ökostrom, bessere Dämmung, effizientere Kessel oder Heizungen unterstützen?</p>	<p style="background-color: #FFFF00;">zu schaffen...je klimafreundlicher ein Neubau, desto mehr Zuschüsse gibt es.</p>
<p>Ziel der Bundesregierung ist, Deutschland</p>	<p>Wir unterstützen das Ziel der Bundesregierung. Je früher dieses Ziel erreicht wird, desto besser. Durch die Stromproduktion in Rheinland-Pfalz verringern wir den</p>	<p style="background-color: #00FF00;">Für die wachsenden Energiebedarfe der Wirtschaft gibt es bereits</p>	<p>Ihre Fragen werden im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl im März 2021 gestellt. Ich erlaube mir</p>	<p style="background-color: #FFFF00;">Auch hier sollte die Wissenschaft eingreifen...wäre es</p>

<p>bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Initiative "German Zero" will über Bürgerbegehren ein Gesetz auf den Weg bringen, das Deutschland verpflichtet, dieses Ziel schon 2035 zu erreichen. Unterstützen Sie dieses Ziel? Wie wollen Sie die aktuellen und die wachsenden Energiebedarfe von Wirtschaft (z.B. BASF, Schott-Glas/Mainz) und Gesellschaft ganz konkret befriedigen?</p>	<p>Importanteil und behalten die Wertschöpfung im eigenen Land. Zudem ist die Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien mehr und mehr als Standortvorteil für Unternehmen zu sehen, die wegen steigender Marktnachfrage klimaneutral produzieren wollen. Ein Ausbau der Erneuerbaren Energien ist aus diesen und weiteren Gründen weiter voranzutreiben. Bei diesem Ausbau gilt für uns die Maxime: Bestand vor Neubau, sowohl für Windenergieanlagen (WEA) als auch die Photovoltaik (PV). Bereits heute können wir einen signifikanten Zubau von Erneuerbaren Energien erreichen, wenn wir die bestehenden und vielfach auch akzeptierten WEA durch neue Anlagen ersetzen (sog. Repowering). In den nächsten fünf Jahren fallen 583 WEA aus der EEG-Förderung. Ein Verlust dieser Standorte wäre nicht nur energiepolitisch, sondern auch im Hinblick auf die Akzeptanz in der Bevölkerung kontraproduktiv, da zur Einhaltung gleichbleibender Ziele neue Standorte erschlossen werden müssten.</p> <p>Neben WEA wird auch zunehmend für PV-Anlagen die EEG-Förderung enden. Im Jahr 2021 werden dies 538 Anlagen sein. Um einen Anreiz zum Weiterbetrieb dieser Anlagen zu setzen, soll das Solarspeicherprogramm auf Bestandsanlagen ausgeweitet werden, um so den Eigenverbrauch zu optimieren. Dieser Weg kann nur gelingen, wenn wir ihn technologieoffen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern einschließlich Wirtschaft und Landwirtschaft gehen. Der Umbau der Energieversorgung gehört dabei zu den komplexesten Herausforderungen, der ein konzentriertes sowie abgestimmtes Verhalten über alle Gesetzgebungsstufen sowie aller Beteiligten voraussetzt.</p>	<p>vielversprechende Strategien, bspw. der Einsatz von grünem Wasserstoff. Auch bei den Werkstoffen sucht die BASF nach Wegen möglichst auf Fossile zu verzichten.</p> <p>Bezüglich der notwendigen Innovationen müssen wir uns insbesondere um die Förderung der kleinen Mittelständischen Unternehmen kümmern, die dies nicht immer aus eigener Kraft werden leisten können.</p>	<p>daher einen Rückgriff auf das zur Landtagswahl erstellte Regierungsprogramm 2021-2026 der SPD Rheinland-Pfalz. Darin heißt es: „Für Rheinland-Pfalz nehmen wir uns ein sehr ehrgeiziges Ziel vor und streben als eines der ersten Bundesländer vollständige Klimaneutralität bis 2040 an wobei der gesamte Energiebedarf zu 100% mit Erneuerbaren vorrangig aus regionalen Quellen gedeckt werden soll. “</p> <p>Ich denke das Zieljahr 2040 ist ein realistischer Kompromiss zwischen den Forderungen von Umweltverbänden und den Ambitionen der Bundesregierung. Ich stehe hinter diesem Ziel und werde mich dafür einsetzen. Sollten wir auf dem Weg dorthin schneller vorankommen, Klimaneutralität bereits vor 2040 möglich sein, werde ich mich nicht verweigern.</p> <p>Meine politischen Vorstellungen zur Energiesicherheit sind klar: Keine Rückkehr zur Atomkraft, baldiger Ausstieg aus der Kohleverstromung, Energiebedarf</p>	<p>nicht wunderbar, wenn BASF und CO zukünftig Ihre eigene Energie produzieren und verbrauchen? Ich denke nur per Gesetz erreichen wir "Klimaneutral bis 3035" nicht...und unsere Wirtschaft soll ja irgendwie auch kompetitiv bleiben...sie konkurriert mit dem Rest der Welt. Solange die Deutschen weiter im Wohlstand leben wollen, muss die Wirtschaft mit der Welt Schritt halten. Nur wenn wir Wege finden, wie sie das auch klimaneutral tun kann, ist das ein sinnvolles Ziel.</p>
---	---	--	--	---

<p>Ein Fünftel der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland sind Autoabgase. Wir müssen also umsteigen: Vom Auto auf öffentlichen oder muskelaktiven Verkehr. Wie weit ist die Verkehrswende in Neustadt bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode, also bis 2026, gediehen? Ihre Vision...</p>	<p>Funktionierende Liefer- und Mobilitätsketten sind unabdingbar für eine stabile Wirtschaft und Versorgung. Die Verminderung von Treibhausgasemissionen im Verkehr ist ein elementarer Schritt für mehr Klimaschutz. Wir fördern daher Carsharing-Konzepte für Stadt und Land, sowie Ausleihradssysteme, um für Pendler die letzten Meilen zwischen Bahnhof und Arbeitsplatz zu schließen. Für den weiteren, schnellen Ausbau erneuerbarer Energien, ist der Aufbau von großen Speicherkapazitäten notwendig. Eine Möglichkeit besteht in der Speicherung von etwaigen Überstromungen durch die Elektrolyse von Wasser. Wir wollen eine Wasserstoffstrategie Rheinland-Pfalz erstellen, welche die Möglichkeiten von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft in den Bereichen Verkehr, Sektorenkopplung, Energie und Industrie systematisch aufarbeitet und mit konkreten Projekten verbindet und die nötige Infrastruktur, wie Wasserstofftankstellen, fördert.</p>	<p>365 EUR-Ticket gilt für alle Module (Aufzählung s.o.)</p> <p>einfach über eine App buchbar, aus 1 Hand, ohne Waben- und Tarifdschungel</p> <p>je nach Tageszeit im ¼-, ½- oder Stundentakt</p>	<p>aus Erneuerbaren decken.</p> <p>Morgens zu Fuß zum Bahnhof oder an die Bushaltestelle, dann mit dem ÖPNV zur Arbeit. Wer lieber Rad fährt, der braucht einen Radweg, einen Radschnellweg, wenn er längere Strecken zurücklegen muss. Einkäufe regelt man genauso zu Fuß, am besten lokal im Nahversorger oder im Dorfladen. Und wenn man mal etwas bestellt, dann kommt das Paket mit einem emissionsfreien Transporter an die Haustür. Das sollten wir angehen, dafür müssen wir investieren: in den ÖPNV, in die Infrastruktur und in unsere Gesellschaft.</p>	<p>Das Netz des öffentlichen Verkehrs muss vor Allem in ländlichen Regionen noch weiter ausgebaut werden. In Städten sollte eine gute Mischung aus e-Mobilität, Fahrradwegen, car Sharing etc. gefördert werden...so wie wir das in Mainz auch schon vorantreiben. Vor Allem muss aber Zug fahren etc. auch erschwinglich werden, die Preise sind zu hoch um einen Anreiz zu geben, das Auto stehen zu lassen. Ob Elektromobilität die Zukunft für den PKW ist, oder doch Wasserstoff, ich denke da sind wir noch nicht ganz am Ende mit der Diskussion...Stromproduktion für E-Autos und die Batterien die diese speichern</p>
---	---	---	---	---

				können, sehe ich sehr kritisch.
Die Verkehrsflächen in Neustadt sind derzeit noch sehr autolastig. Halten Sie eine autofreie Innenstadt für erstrebenswert und machbar?	Ein hohes Verkehrsaufkommen in der Innenstadt bedeuten Lärm, Abgase, gesundheitliche Risiken, sowie Stress für die Anwohner. Für eine attraktive Innenstadt ist ein reduzierter Autoverkehr durchaus erstrebenswert, eine komplette Sperrung für PKW Verkehr halte ich allerdings nicht für zielführend. Die ohnehin schwer betroffenen Unternehmen in der Innenstadt würden eine weitere Einschränkung erfahren. Von daher sollten wir an Anreizen arbeiten, auf den individuellen PKW Verkehr zu verzichten. Ein weiterer positiver Nebeneffekt wäre, dass mehr freie Flächen für Fußgänger und Radfahrer entstehen.	Die autofreie Innenstadt ist bereits in mehreren Städten weltweit realisiert worden, die weitaus größer sind als Neustadt. Und die Innenstädte lebten auf statt zu veröden! Für den Übergang wird zunächst Parkraum an den Stadträndern geschaffen werden, und sich dann immer mehr auf die Mobilitätsknoten im Umland verteilen.	Neustadt hat eine große Fußgängerzone, wenn es möglich ist, kann diese ausgeweitet werden. Die gesamte Innenstadt Neustadts autofrei zu machen, stelle ich mir innerhalb von fünf Jahren schwierig vor. Generell ist das aber ein spannendes Ziel. Verantwortlich dafür sind aber die kommunalen Entscheidungsträger, die Stadtverwaltung und alle BürgerInnen, das werden PolitikerInnen in Mainz nicht entscheiden.	Ja
Mit welchen Maßnahmen werden Sie versuchen, den Anteil der Wege, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV zurückgelegt werden, in Ihrem Wahlkreis zu steigern?	Wer keinen Führerschein hat oder sich ein Auto nicht leisten kann oder leisten will, ist auf einen funktionierenden öffentlichen Verkehr angewiesen. Der ÖPNV leistet darüber einen unverzichtbaren Beitrag für den Klimaschutz und die Reduzierung des Staus. Wir setzen uns dafür ein, dass in den kommenden fünf Jahren viele von Diesel betriebenen Personenzüge und Linienbusse auf Wasserstoffantrieb umgestellt sind. Weitere Maßnahmen für den Wahlkreis wären beispielsweise: Sensibilisierungskampagnen für Fahrrad und ÖPNV, erschwinglichere Preise für ÖPNV, bessere Anbindung und höhere Frequenz des ÖPNV auf dem Land, höhere Parkkosten in der Innenstadt, weniger Parkplätze, Ausleihersysteme und Dorfautos.	Das Angebot muss wie beschrieben geschaffen sein, dass jeder schnell, bequem und günstig vorankommt. Das Parken in der Innenstadt muss gleichzeitig Stück für Stück teurer werden.	Der Schlüssel ist die Mitarbeit aller BürgerInnen. Wenn die Angebote da sind, werden die Menschen umsteigen. Ansonsten ist es immer wichtig, sein eigenes Verhalten zu evaluieren und wenn nötig zu ändern. Daher versuche ich mein Verhalten immer weiter dem Ziel einer auto-freien Mobilität anzunähern.	Preise für ÖPNV senken, bessere Rad- und Fußwege.
Ist das	Mobilität ist: ein Grundbedürfnis der Menschen, Ausdruck von	Es ist eine neue Antriebsform.	Es gibt wahnsinnig spannende	Ja

<p>Elektroauto Ihrer Meinung nach eine Brückentechnologie, die uns zu einem emissionsarmen Verkehrskonzept führt, oder ist es ein Konstrukt, das eine echte Verkehrswende verhindert, weil es sich weiter auf den motorisierten Individualverkehr stützt?</p>	<p>Freiheit und der starke Motor für unsere heimische Wirtschaft. Nicht umsonst ist die Verkehrspolitik ein Anliegen in allen Parteien und Fraktionen. Anders als unsere politischen Mitbewerber sind wir jedoch davon überzeugt, dass alle Verkehrsmittel ihre Berechtigung und ihren Nutzen in der Zukunft haben werden. Die CDU und ich persönlich möchten Mobilität ganzheitlich denken – Individuelle Mobilität ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht, das wir entschlossen verteidigen müssen. Gerade im ländlichen Raum gibt es häufig keine alternative Art der Fortbewegung. In dieser Hinsicht ist das Elektroauto meiner Meinung nach ein absolut notwendiger Teil des zukünftigen klimaneutralen Mobilitätsmix.</p>	<p>Es ist nicht die eine Lösung. E-Antrieb im Nahverkehr macht aber sicherlich Sinn. Ein Schuh wird meines Erachtens daraus es dort sinnvoll einzusetzen, aber perspektivisch eben im Sharing-Betrieb und weniger im Individualverkehr.</p>	<p>Mobilitätskonzepte. Allerdings muss man immer an die Realisierbarkeit denken. Ein Verkehrssystem aus sich auf Schienen oder Wegen bewegender Personen- oder Gruppenkapseln, die jederzeit zur Verfügung stehen und jedes Ziel in Europa erreichen können? Das wäre großartig. Die Kosten, für den dafür notwendigen Umbau, dürften allerdings in die Billionen gehen. Ein Investitionsvolumen, das mit den VertreterInnen der „schwarzen Null“ in hunderten Jahren nicht realistisch ist. Daher sind alternative Mobilitätsarten, zum Beispiel in Form von E-Autos (oder Erdgas betrieben, oder Wasserstoff betrieben) weiterhin wichtig. Eine echte Verkehrswende kann das trotzdem bedeuten, seit der Massenproduktion des Automobils hat man auf Carbon-haltige Kraftstoffe gesetzt, wenn sich das jetzt ändert, ist ein wichtiger Schritt gemacht.</p>	<p></p>
<p>Derzeit werden Potentialstudien zu Fahrradschnellwegen in der Pfalz</p>	<p>Ich möchte mal am Beispiel Fahrrad aufzeigen, wie sehr die Worte und die Taten der Landesregierung auseinandergehen. Auch in topografisch anspruchsvollen Regionen und vor allem auch im ländlichen Raum kann das Fahrrad durch die technischen Entwicklungen (Pedelec) eine noch bessere</p>	<p>Was für die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV gilt, gilt ebenso für den Radverkehr. Ohne Anreize kein Umstiegswille. Der Ausbau</p>	<p>Im Ehrenamt bin ich Mitglied des Kreistages im Landkreis Bad Dürkheim, dort stehe ich hinter dem zügigen Ausbau von Radschnellwegen. Natürlich gilt das</p>	<p>Ja, das wäre sicherlich motivierend...aber ich habe noch nie erlebt, dass in Deutschland etwas "schnell"</p>

<p>erstellt. Nachdem Erfahrungen mit den daraus resultierenden Wegen gemacht worden sind, kommt vielleicht ein solcher Weg zwischen Neustadt und Landau dran. Das klingt alles ziemlich zäh und langwierig. Sollte man nicht Ihrer Meinung nach sehr schnell breite, zügig befahrbare Wege auch zwischen den Unterzentren bauen und damit die Menschen zum Umsteigen (ver-)führen?</p>	<p>Mobilitätsalternative darstellen, von der viele enorm profitieren. Mit einem verbesserten Radwegenetz wird zugleich ein Mehrwert für den Tourismus geschaffen. Allzu deutlich zeigt sich jedoch, dass der Radwegebau keine Priorität der aktuellen Landesregierung ist. Zwar wurde ein runder Tisch eingerichtet, der Vorschläge erarbeitet. Doch die Bilanz der aktuellen Legislaturperiode ist – freundlich ausgedrückt– sehr überschaubar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • abgesehen von den Stadtstaaten plant nur Schleswig-Holstein noch weniger Radwege entlang von Bundesstraßen bis 2023 als Rheinland-Pfalz. Nur 10 Kilometer sollen es bis dahin bei ohnehin niedrigem Ausgangswert sein. • abgesehen von den Stadtstaaten finden sich nur in Thüringen noch weniger Radwege entlang der Landesstraßen als in Rheinland-Pfalz. • abgesehen von den Stadtstaaten finden sich nur in Sachsen und Thüringen noch weniger Radwege entlang der Kreisstraßen als in Rheinland-Pfalz. • Insgesamt werden mehr als 50% der bereitgestellten Bundesmittel nicht abgerufen. <p>Die betroffenen Akteure weisen dabei ausdrücklich darauf hin, dass ausreichend (Bundes)Mittel verfügbar sind. Die für den Radwegebau häufig verantwortlichen Kommunen benötigen jedoch Unterstützung, diese auch abzurufen. Es ist deshalb an der Landesregierung, sich ihrer Scharnierfunktion zwischen der Bundes- und der kommunalen Ebene bewusst zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Es reicht nicht, wenn der Verkehrsminister sich bequem zurücklehnt und auf die Kommunen verweist.</p> <p>Daher sollte die Landesebene den Radwegebau fördern, indem es entsprechende Planungs- und Beratungskapazitäten gerade für Kommunen aufbaut. Die Lotsenstelle des LBM ist deshalb, um eine Komponente zu erweitern, die den</p>	<p>solcher Schnellradwege gehört da sicherlich dazu!</p> <p>Die Umwidmung bestehender Autostraßen zu Radwegen wird langfristig hinzukommen.</p>	<p>auch für einen so wichtigen Weg wie dem zwischen Neustadt und Landau. Ob wir es schaffen auch zwischen Unterzentren, oder irgendwann zwischen jedem Dorf, Radschnellwege zu bauen, das wird sich zeigen. Vielleicht sollten wir einmal beginnen, je schneller sich diese Wege bewähren, desto schneller werden weitere gebaut.</p>	<p>geht...daher müssen wir erstmal Bürokratie abbauen :-)</p>
---	--	---	---	--

	Kommunen bei der Planung und bei der Vergabe an externe Ingenieure hilft.			
--	---	--	--	--

Von Giovanni Raneri haben wir für die Freien Wähler folgende Antwort erhalten:

Die FW RLP nimmt den Klimawandel sehr ernst.

Eine Kernforderung zur Landtagswahl ist der Slogan "Für 365 Euro im Jahr durch ganz Rheinland-Pfalz" mit der wir den öffentlichen Nahverkehr stärken und die Verkehrswende unterstützen möchten.

Uns liegt ein nachhaltiger Klimaschutz am Herzen, der die regionalen Stärken berücksichtigt (z.B. Solarenergie in der Pfalz und Windkraft im Hunsrück) und nicht auf Kosten der Dritten Welt unser Gewissen entlastet. Das wird langfristig nicht ohne eine Reduzierung unseres Lebensstandards möglich sein.

Dabei sind wir bereit alle Möglichkeiten sorgfältig zu prüfen.